

Armut, Entwicklung, Nachhaltigkeit

Veröffentlicht in: *Zeitschrift für Nachhaltigkeit*, Heft 16, S. 31-42

(Ecotransfer-Verlag, Münster)

Reinald Döbel

„Die Macht der Zukunft“ beschwor der Rat für Nachhaltige Entwicklung im Titel seiner Jahreskonferenz 2007. Max Weber definierte Macht als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“. Die neuseeländische Premierministerin Helen Clark dagegen setzt für die Verwirklichung eines „kohlenstoffneutralen Neuseeland“ auf die „Welle der Zustimmung“ jener 85 Prozent der Bevölkerung Neuseelands, die nach einer Umfrage diese Vision unterstützen und mitzutragen bereit sind. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte in ihrer Beschreibung der deutschen Ansätze zur Nachhaltigkeitspolitik mehr den Aspekt des Untertitels: „Was von uns heute verlangt wird“. Verlangt wird eine global tragbare Lösung für die Minderung der Kohlendioxid-Emissionen, um die globale Erwärmung innerhalb von Grenzen zu halten, die die Folgen handhabbar bleiben lassen. Weil „Menschenwürde unteilbar ist“, so Frau Merkel, haben alle Menschen den gleichen Anspruch auf einen Anteil am CO₂-Ausstoß: nur eine Regelung auf der Basis gleicher Emissionsrechte pro Kopf genügt der Gerechtigkeitsbedingung von Zukunftsfähigkeit. Deshalb müssen die Industrieländer die größeren Anstrengungen unternehmen: Deutschland soll bis 2050 seinen CO₂-Ausstoß um 80 Prozent verringern.

Klimaschutz: China sucht Gerechtigkeit

Nur ein ehrgeiziges Ziel wie dieses genügt dem Gebot der Nachhaltigkeit, dass die gegenwärtige Generation ihre Hausaufgaben macht und den künftigen Generationen keine vermeidbaren oder lösbaren Probleme aufbürdet. Dies kann nur gelingen, wenn machbare Lösungen auch umgesetzt werden. Beim Klimawandel deutlicher als bei anderen Ressourcenproblemen erfordert diese Umsetzung *freiwillige* Akzeptanz: Zurückhaltung im Ressourcenverbrauch und bei der Schadstoffemission kann weder individuell noch global „gegen Widerstreben“ durchgesetzt werden, weil diese Durchsetzungsmacht schlicht nicht existiert, und ihre Schaffung selbst gegen Widerstand durchgesetzt werden müsste. Am deutlichsten wird dies beim Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und globaler Erwärmung: während vor allem die USA die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls als

einseitige – und auf Dauer unzureichende - Vorleistung der Industrieländer verweigerten, verlangten die Entwicklungsländer – allen voran China – eben diese Vorleistung, weil sie es als ungerecht empfanden, sich einschränken zu sollen, noch bevor sie einen akzeptablen durchschnittlichen Lebensstandard erreicht haben. Nach ihrer Ansicht wurde das gegenwärtige Problem fast vollständig durch die industrielle Revolution in den heutigen Industrieländern verursacht.

Beide Argumente sind sachlich richtig. Die aus den Argumenten abgeleitete Berechtigung zur Verweigerung der Mitarbeit an der unabweisbar notwendigen gemeinsamen Lösung lässt befürchten, dass der Atmosphäre eben jene Tragödie der Überbeanspruchung bevorsteht, die Garret Hardin bereits 1968 (Hardin 1968) als zwingendes Ergebnis jeder gemeinschaftlichen Nutzung von Gütern oder Ressourcen sah – wenn die Akteure nicht übereinkommen können, sich einer übergeordneten Sanktionsinstanz zu beugen. Nur diese Sanktionsdrohung, so Hardin, kann rationale Akteure davon abhalten, ihre kurzfristigen Interessen an einer *Steigerung* ihres individuellen Nutzens zugunsten der Erhaltung der Gesamtertragsfähigkeit der gemeinschaftlich genutzten Ressource aufzugeben. Um die Errichtung einer gemeinsam getragenen Sanktionsinstanz geht es bei den Verhandlungen in Bali um eine Nachfolgevereinbarung für das Kyoto-Protokoll.

Wie es aller Voraussicht nach ohne eine solche Vereinbarung weitergehen wird, zeigten nicht nur die diesjährigen Berichte des IPCC, sondern vor allem der Frau Merkel offensichtlich bekannte neueste Bericht der Weltenergiebehörde IEA (International Energy Agency 2007): ohne einschneidende Maßnahme wird die Ölnachfrage bis 2030 voraussichtlich um ein Drittel steigen – mit einer entsprechenden Erhöhung der CO₂-Emissionen an Stelle der von allen Klimawissenschaftlern als dringend notwendig angesehenen Verringerung. Der Bericht beschäftigt sich in erster Linie mit dem steigenden Energiebedarf von China und Indien und sieht den Weltenergiebedarf in seinem „Referenz-Szenario“ um insgesamt mehr als die Hälfte steigen, wovon fast die Hälfte auf das Konto von Indien und China gehen wird: bereits 2007 überrundet China die USA als größter CO₂-Emittent, während sich Indien bis 2015 zum drittgrößten Emittenten entwickeln wird (IEA 2007).

Club of Rome: Frühe Warnungen missachtet

Nur ein Kommentar im wenig bekannten *SciDevNet* (Dickson 2007) wies darauf hin, dass die Berichte des Club of Rome schon in den siebziger Jahren vor den Gefahren einer Überschreitung der „Grenzen des Wachstums“ gewarnt hatten – eine Warnung, die ebenso

missachtet wurde wie die Vorschläge der Nord-Süd-Kommission unter der Leitung von Willi Brandt (Lexikon der Nachhaltigkeit online). Deren Vorschläge für ein Sofortprogramm zum Überleben (The Independent Commission on International Development Issues 1980) zielten schon Jahre vor der Einberufung der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung – der „Brundtland-Kommission“, die den Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ (*sustainable development*) erfolgreich in die internationale Diskussion einführte – auf globale Gerechtigkeit im Sinne eines Ausgleichs zwischen dem reichen „Norden“ und dem armen „Süden“. Beitragen sollten zu diesem Ausgleich unter anderem:

- die gezielte Erhöhung der Entwicklungshilfe
- eine internationale Energiestrategie, die die weltweite Energieversorgung sicherstellt und Umweltbelange berücksichtigt
- ein weltumspannendes Nahrungsmittelprogramm.

In seinem Vorwort bringt Willy Brandt das Anliegen des Berichts und seiner Vorschläge auf „einen Nenner“: „Dieser Bericht handelt vom Frieden“ (Lexikon für Nachhaltigkeit – Brandt-Report 1980 – Das Überleben sichern).

Auch der Bericht der Brundtland-Kommission betonte sieben Jahre später die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen „Nord“ und „Süd“, für den allerdings die für die Kommission unabwiesbaren Grenzen der natürlichen Basis allen menschlichen Wirtschaftens nicht überschritten werden sollten. Während sie keinen anderen Ausweg aus der Armut als weiteres Wachstum sah, forderte sie ein Umsteuern der globalen Politik in Richtung auf ein qualitativ „anderes Wachstum“ – ein Wachstum zugunsten der Armen, das gleichzeitig „ressourcenleicht“ (Wolfgang Sachs) sein sollte (World Commission on Environment and Development, 1987), um die sich abzeichnende Übernutzung abzumildern. Wie schon die Brandt-Kommission, sah die Brundtland-Kommission in der globalen Ungleichheit – in der Schere zwischen Arm und Reich – die Hauptursache sowohl für das „Umweltproblem“ als auch für das „soziale Problem“ der *wachsenden* Ungleichheit:

Over the past few decades, life-threatening environmental concerns have surfaced in the developing world. Countrysides are coming under pressure from increasing numbers of farmers and the landless. Cities are filling with people, cars, and factories. Yet at the same time these developing countries must operate in a world in which the resources gap between most developing and industrial nations is widening in which

the industrial world dominates in the rule-making of some key international bodies, and in which the industrial world has already used much of the planet's ecological capital. *This inequality is the planet's main 'environmental' problem; it is also its main 'development' problem. (Our Common Future Overview – The interlocking crises, § 17)*

Wie sich in allen Veröffentlichungen offizieller globaler Institutionen nachlesen lässt, hat seither die globale Ungleichheit weiter zugenommen – und sich gleichzeitig die bedrohlichen Trends der Übernutzung der erneuerbaren wie der nicht-erneuerbaren natürlichen Ressourcen verschärft. Über die wachsende Ungleichheit geben die jährlichen Weltentwicklungsberichte der Weltbank (siehe insbesondere World Bank 2006a) und die von UNDP veröffentlichten *Human Development Reports* Auskunft (vgl. insbesondere Martens 2005 zum UNDP-Bericht von 2005) und werden – in weniger dramatischen Zahlen – bestätigt vom Weltwährungsfond (IMF 2007). Die sich verschärfende Übernutzung dokumentieren nicht nur die Berichte von einigen als „alarmistisch“ verschrieenen Organisationen wie dem *World Resources Institute* oder dem WWF, sondern auch der von UNEP veröffentlichte jährliche *Global Environmental Outlook*. Die deutlichste Sprache spricht die von UNEP in Auftrag gegebene, 2005 veröffentlichte unabhängige Studie *Millennium Ecosystem Assessment*. Sie kommt zu dem Schluss, dass es auf diesem Planeten kein einziges Ökosystem mehr gäbe, das man als stabil bezeichnen könne – geschweige denn eines, das eine Entwicklung hin zu mehr Stabilität, Diversität und Resilienz aufwiese. Darüber hinaus sinken die Versorgungs- und regulatorischen Leistungen der meisten Ökosysteme, die Landwirtschaft ausgenommen (MEA 2005, S. 6):

Approximately 60% (15 out of 24) of the ecosystem services examined in this assessment are being degraded or used unsustainably—including 70% of provisioning and regulating services. While 15 services have been degraded, only 4 have been enhanced in the past 50 years, 3 of which involve food production: crops, livestock, and aquaculture.

Umschwung ist möglich – Glaubwürdigkeit fehlt

Gemeinsam ist allen Berichten die Aussage, dass sowohl die Wege bekannt sind, wie Armut bekämpft und Beschädigungen der Umwelt vermieden werden könnten, als auch die

technischen und finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um diese Wege zu gehen. Gemeinsam ist den zunehmend ungedulden und kritischen Anmerkungen zur offiziellen Politik wie zu den Ansätzen der Wirtschaft im Rahmen des *Global Compact*, des *World Business Council for Sustainable Development* und unter Stichworten wie *Corporate Social Responsibility*, und *Socially Responsible Investment*, dass diese Ansätze nicht weit genug gingen, dass nicht genug Mittel für sie zur Verfügung gestellt würden, dass sie nicht ernst gemeint seien, dass aber vor allem vergangene Zusagen nicht eingehalten würden.

Das Paradebeispiel für nicht eingehaltene Versprechen, die sowohl Kofi Annan wie der jetzige UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon wiederholt öffentlich beklagten, ist die bereits 1970 von den Regierungsoberhäuptern der reichen Länder unterzeichnete Zusage, die Entwicklungshilfeleistungen bis Ende der siebziger Jahre auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts anzuheben. Nur wenige Länder, zu denen die Niederlande, Dänemark und Norwegen zählen, haben dieses Ziel erreicht. Tatsächlich sank der Anteil der Entwicklungshilfe bis etwa 2000 kontinuierlich. Die Unterzeichnung der Millenniumsziele durch die Staatsoberhäupter der UNO-Generalversammlung im Jahr 2000 führte zu einer erneuten Anstrengung, die sich auf der Monterrey-Konferenz von 2002 zu neuen konkreten finanziellen Zusagen verdichtete – einschließlich der Erneuerung des Ziels von 0,7 Prozent und der Entschuldungs-Initiative HIPC. Berechnungen haben allerdings gezeigt, dass der seither in den offiziellen Statistiken ausgewiesene Anstieg der Entwicklungshilfe auf die von der OECD zugelassene Möglichkeit zurückzuführen ist, die nachgelassenen alten Schulden auf die Entwicklungshilfe anzurechnen. Für die deutsche Entwicklungshilfe betrug der Anteil des Schuldennachlasses im Jahr 2006 2,722 Milliarden US\$, bei einem Gesamtvolumen von 10,351 Milliarden US\$. Während so die offizielle ODA-Quote mit 0,36 Prozent über dem EU-Planziel von 0,33 Prozent liegt, beträgt dieser Wert nach Abzug der erlassenen Schulden nur noch 0,27 Prozent. Berücksichtigt man zudem die auf die Entwicklungshilfe angerechneten kalkulatorischen Kosten für ausländische Studierende und für Asylbewerber im ersten Jahr ihres Aufenthalts, liegt die „echte“ Entwicklungshilfe um 35 Prozent unter dem Wert, den die OECD-Statistik ausweist, also bei etwa 6,6 Milliarden US\$ (Terre des Hommes, Deutsche Welthungerhilfe 2007, S. 25f.).

Die auf diese Weise beschädigte Glaubwürdigkeit der Industrieländer und ihrer Regierungen hat mit zum Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancun geführt, und wird auch andere für die Nachhaltigkeit wichtige Verhandlungen beeinträchtigen. Allerdings hat die globale Ungleichheit inzwischen Ausmaße erreicht, die die Aufmerksamkeit auf die Glaubwürdigkeit

und die Handlungsmöglichkeiten anderer Akteure lenken: die Reichen dieser Erde und die wirtschaftlichen Entscheidungsträger.

Für viele Angehörige der „Zivilgesellschaft“ mag die Aussage eines nigerianischen NGO-Aktivisten auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg symptomatisch sein (Bruno, 2002), der damit seine Beobachtungen des Verhaltens von Shell gegenüber den Ogoni beschrieb:

"How can we begin to trust business leaders that cannot even recognize the most blatant case of corporate crime? How can we even think of partnering with such organizations?"

Wir brauchen Hilfe

Ohne dem Misstrauen gegenüber den Aktivitäten transnationaler Konzerne seine Berechtigung absprechen zu wollen: angesichts des wirtschaftlichen Gewichts dieser Akteure kann ihr *möglicher* Beitrag für eine nachhaltige Zukunft gar nicht unterschätzt werden. Ohne diesen Beitrag können „wir“ nicht leisten, „was die Zukunft von uns verlangt“.

Dies zeigt allein der Blick auf die Entwicklung des Reichtums der *HNWI (High Networth Individuals)*¹, der seit einigen Jahren von der Beratungsfirma CapGemini und der Privatbank Merrill Lynch veröffentlicht wird. Besonders, wenn dieser Reichtum der Entwicklung des globalen Bruttosozialprodukts gegenübergestellt wird, der den halbjährlichen Prognosen des internationalen Währungsfonds entnommen werden kann. Für die Jahre 1997 bis 2006 ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 1)

Tabelle 1: Volumen und Wachstum der globalen Wirtschaft und des Reichtums der Millionäre (in Billionen US\$)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Zahl der HNWI (Millionen US\$)	5,2	5,9	7	7,2	7,1	7,3	7,7	8,2	8,7	9,5
HNWI Reichtum	19,1	21,6	25,5	27	26,2	26,7	28,5	30,7	33,3	37,2
Global GDP (market exchange rate)	29,8	29,5	30,9	31,8	31,5	32,8	36,9	41,4	44,7	48,1
Global GDP (PPP)	38,4	39,8	42,0	45,0	47,2	49,5	52,5	56,8	61,3	66,2
HNWI wealth growth	5%	12%	18%	6%	3%	3,6%	7,7%	8,2%	8,5%	11,4%

GDP growth (PPP)	4,2%	2,8%	3,7%	4,8%	2,5%	3,1%	4,0%	5,3%	4,9%	5,4%
GDP growth (exchange rate)	3,5%	2,2%	3,1%	4,1%	1,5%	1,8%	2,6%	4,0%	3,3%	3,9%

Quelle: IMF World Economic Outlook 2007 (Table 1: Summary of World Output, S.211; Zahlen für 1997 und 1998 aus WEO 2005 - Statistical Appendix, S. 201):

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, dass der geschätzte Reichtum der reichsten 0,1-0,15 Prozent der Weltbevölkerung – jener von 5,2 Millionen Personen im Jahr 1997 auf 9,5 Millionen Personen im Jahr 2006 wachsenden Zahl von Mitbürger, deren Privatvermögen mehr als eine Million US\$ beträgt – von knapp 50 Prozent des Werts der Weltjahresproduktion im Jahr 1997 auf etwa 73 Prozent des Werts der Weltjahresproduktion im Jahr 2006 stieg. Da der Reichtum dieser Gruppe noch stärker wuchs, als ihre Zahl übertrifft das Wachstum des Reichtums dieser Gruppe in allen Jahren das Wachstum des globalen Bruttosozialprodukts, ein einigen Jahren um ein Mehrfaches. So wuchs das globale Bruttosozialprodukt 1998 um weniger als drei Prozent, während der Reichtum der Reichsten um 12% stieg.

Diese Zahlen geben allerdings nur einen ganz groben Schätzwert des Verhältnisses von Reichtum und wirtschaftlicher Gesamtproduktion. Zum Glück hat die Weltbank selbst eine Berechnung der Unterschiede der Vermögenswerte auf der Basis von Daten für das Jahr 2000 veröffentlicht, bei der die Autoren zwischen „natürlichem“ Kapital (Boden, Bodenschätze und Wert der Produktion von Wälder und Landflächen), produziertem Kapital (Gebäuden und Produktionsmittel), und „nichtfasslichem“ Kapital (*intangible capital* - Humankapital, Bildung) unterscheidet. Den Autoren der Studie ging es in erster Linie um den Nachweis der Bedeutung des *intangible capital* – und um das Argument, dass verstärkte Investitionen in den Ersatz von natürlichem Kapital durch produziertes Kapital in der Vergangenheit zu einem größeren Reichtum in der Gegenwart geführt hätten. In unserem Zusammenhang interessiert dagegen der Unterschied im Reichtum zwischen den Gruppen der Länder mit niedrigem, mittlerem, und hohem Einkommen. Deshalb wurden die Pro-Kopf-Werte der Weltbankstudie (World Bank 2006b, S. 4) umgerechnet in den aggregierten Reichtum der Ländergruppen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Der Reichtum der Nationen (Billionen US\$ und prozentualer Anteil)

Einkommensgruppe	Bevölkerung (Milliarden und prozentualer	„Natürliches Kapital“ (Billionen US\$ und %)	„Produziertes Kapital“ (Billionen US\$ und %)	„Intangible“ („ <i>ungreifbares</i> “) Kapital (Billionen US\$	„Natürliches“ und „Produziertes“ Kapital	Gesamter Reichtum (Billionen US\$ und
------------------	--	--	---	--	--	---------------------------------------

	Anteil)			und %)	(Billionen US\$ und %)	%
Länder mit niedrigem Einkommen	0,68 Mrd. / 11,1%	1,31 / 5%	1,18 / 1%	3,02 / 1%	2,49 / 1,76 %	5,12 / 0,8%
Länder mit mittlerem Einkommen	4,25 Mrd. / 69,4%	14,86 / 54%	22,72 / 20%	79,79 / 16%	37,58 / 26,59%	117,37 / 19%
Länder mit hohem Einkommen	1,19 Mrd. / 19,4%	11,34 / 41%	90,67 / 79%	420,47 / 84%	102,01 / 72,99%	511,77 / 81%
Welt	6,12 Mrd.	27,51	114,19	503,27	141,70	634,26

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Reichtumsdaten der Weltbank und Bevölkerungsdaten der UNⁱⁱ

Übereinstimmend mit den auch vom ehemaligen Weltbankpräsidenten James Wolfensohn wiederholt in seinen Reden verwendeten Zahlen, zeigt die Tabelle, dass die reichsten knapp 20 Prozent der Weltbevölkerung über etwas mehr als 80 Prozent des gesamten Vermögens verfügen. Die ärmsten 11 Prozent der Weltbevölkerung können dagegen nur weniger als ein Prozent des globalen Vermögens auf sich vereinigen. Dazwischen finden sich jene etwa 70 Prozent der Weltbevölkerung, die zusammen knapp 20 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Das Gesamtvermögen der 680 Millionen Menschen der Länder mit niedrigem Einkommen beläuft sich im Jahr 2000 auf 5,12 Billionen US\$, während im gleichen Jahr das Gesamtvermögen reichsten 7,2 Millionen Menschen, der „High Net Worth Individuals“, 27 Billionen US\$ beträgt – mehr als das Fünffache des Vermögens aller Bewohner der Länder mit niedrigem Einkommen zusammengenommen.

Wo bleibt die Verhältnismäßigkeit?

Stellt man neben diesen zugegebenermaßen sehr groben Vergleich einige wenige andere globale Kennzahlen, so ergeben sich dennoch erstaunliche Perspektiven auf einige jener globalen Probleme, die sich die Staatschefs mit der Unterzeichnung der Millenniumserklärung im Jahre 2000 vorgenommen haben.

So stellte James Wolfensohn die globalen Militärausgaben in Höhe von einer Billion US\$ neben die globalen Entwicklungshilfeausgaben in Höhe von 56 Milliarden US\$ (Wolfensohn 2004a). Man sollte diese Zahlen im Zusammenhang sehen mit jenen zusätzlichen 40-60 Milliarden US\$ jährlich, die die Weltbank in ihrer auf der Konferenz von Monterrey präsentierten Studie als notwendig für die Erreichung der Millenniumsziele ansah (World Bank 2002). Jeffrey Sachs, der von Kofi Annan an die Spitze des *Millennium Projects* berufene Wirtschaftswissenschaftler setzte die notwendigen Beträge etwas höher an und sah

den jährlichen Fehlbetrag von 73 Milliarden im Jahr 2006 auf 135 Milliarden US\$ im Jahr 2015 steigen, versicherte aber dennoch, dass diese Beträge problemlos aus einer Steigerung des Entwicklungshilfe-Anteils auf 0,54% des Bruttonominalprodukts der Geberländer finanziert werden könnten (Sachs 2005, S. 252).

Zur gleichen Zeit veröffentlichte UNDP im *Human Development Report 2005* eine Berechnung, nach der die absolute Armut – definiert als tägliches Einkommen von weniger als einem US\$ pro Tag –, in der weltweit immer noch 1,2 Milliarden Menschen leben müssen, mit einem jährlichen Aufwand von 300 Milliarden US\$ vollständig beseitigt werden könnte (UNDP 2005, S. 37) – ein Betrag, den im folgenden Jahr allein die freiwilligen wohltätigen Spenden der reichsten Individuen dieses Planeten fast hätten decken können. Diese betragen laut CapGemini im Jahr 2006 auf 285 Milliarden US\$ (CapGemini / Merrill Lynch 2007) – und beliefen sich damit auf 0,77% des auf 37,2 Billionen geschätzten Gesamtvermögens in diesem Jahr.

Stellt man daneben noch die globale Verschuldung der Entwicklungsländer von ca. 1,2 Billionen im Jahr 2004 bei einem gleichzeitigen Überschuss der Rückzahlungen über die neuen Zahlungen in Höhe von 41 Milliarden US\$ (UNCTAD 2007)ⁱⁱⁱ, so ergibt sich ein vollständigeres Bild der globalen Gleichgewichte.

Macht der Zukunft

Über diese Zahlen wurde in Berlin nicht gesprochen – auch nicht in dem Forum „Wissen und Forschung für Nachhaltigkeit auf dem richtigen Weg?“, in dem die vortragenden Wissenschaftler die These vertraten, dass die Wissenschaft hinsichtlich der Nachhaltigkeit ihre „Bringschuld“ erfüllt habe, während die Politik ihre „Holschuld“ schuldig geblieben sei. Ich möchte mit diesem Beitrag die These aufstellen, dass gerade die Sozialwissenschaften ihre Bringschuld keineswegs erfüllt haben: sie hätten sonst verhindert, der Konferenz den Titel „Die Macht der Zukunft“ zu geben, aus historischer Erfahrung wie aus logischer Erwägung wissend, dass die *logische* Notwendigkeit praktischer Übereinkünfte keine Macht im Weberschen Sinne erzeugen kann: Keine Macht, diese notwendigen Übereinkünfte tatsächlich zu erzielen, geschweige denn, sie in die Tat umzusetzen. Die Sozialwissenschaften stehen auch erst am Anfang der Einsicht, dass es in der Tat eine „andere“ Macht gibt, die auf freiwilliger Aktion und Übereinkunft beruht, und wie diese herzustellen sein könnte: Jene Art von Übereinkunft, von der die neuseeländische Premierministerin sprach, und die angesichts der in diesem Beitrag geschilderten finanziellen Gewichtungen die Wirtschaftskräfte

einbeziehen muss, die Kofi Annan mit seinem 1999 ins Leben gerufenen *Global Compact* als Bündnispartner für globale Nachhaltigkeit gewinnen wollte. Eben die Freiwilligkeit der Selbstverpflichtungen der inzwischen über 3000 Teilnehmer am *Global Compact* ist als unzureichend für die Einhaltung der vorgeschlagenen Menschenrechtsstandards kritisiert worden. Und eben wegen dieser Unverbindlichkeit dürfte auch die in diesem Jahr auf dem *Global Leadership Forum* verkündete Erklärung *Caring for the Climate* als wenig glaubwürdig eingeschätzt werden.

Ohne freiwillige „Selbstverpflichtung“ der gegenwärtig Mächtigen aber kann die allen Trendberechnungen zugrunde liegende „Macht der Vergangenheit“ nicht gebrochen – oder umgelenkt werden und „wir“ müssen „ein Apfelbäumchen pflanzen“ wie Hoimar von Dithfurth schon 1968 vorschlug.

Zukunftsfähigkeit

Die entscheidende Frage für die Zukunftsfähigkeit der immer noch uneinigen „Einen Welt“ scheint mir, ob ein Eigeninteresse ausfindig gemacht werden kann, das stärker sein kann als das rationale - und inzwischen als institutionalisierter Zwang mächtig gewordene – Gewinnstreben. Sei es als die vom World Business Council formulierte Einsicht, dass

“Business cannot function if ecosystems and the services they deliver—like water, biodiversity, fiber, food, and climate—are degraded or out of balance.”

Sei es der inzwischen von Bankern und Investoren bemerkte wachsende Trend zu sozial und ökologischer verantwortlichem Investment einerseits und zu privater und unternehmerischer Wohltätigkeit andererseits, über den die ZEIT unter der Überschrift „Die Rückkehr der Retter“ (Fischermann und Claas, 2006) berichtete. Bill Gates, als einer der selbsternannten „Retter“ begründet in einem von dem Sozialwissenschaftler Thomas Druyen zitierten Interview sein Engagement so (Druyen 2007, S. 49):

„Wenn man durch Glück und Talent zu Wohlstand gelangt und dann sicherstellt, dass davon größtenteils auch finanziell benachteiligte Personen profitieren, fühlt man sich schon ein bisschen wie Robin Hood – so wird der Wohlstand wieder neu verteilt. (...) Je weiter man in der Liste oben steht, desto größer ist die Verpflichtung, nicht nur das eigene Vermögen, sondern auch seinen Verstand ganz einzubringen.“

Ob solche Bemerkungen glaubwürdig sind, ist die eine Frage. Ob dem eingebrachten Verstand das Wissen zur Verfügung steht, um die zur Verfügung gestellten Ressourcen nutzbringend einzusetzen die andere. Ein Indikator für beides wären möglicherweise die Schlussfolgerungen, die Bill Gates aus den folgenden Bemerkungen des ehemaligen Ministerpräsidenten von Tansania zum G-8 Gipfel 2007 in Heiligendamm ziehen würde:

„The economic and ecological fate of an increasingly interdependent global community of peoples, most of them in developing countries, living together on a climatically fast-warming planet, cannot and must not be decided by policies agreed upon and „coordinated“ by an exclusive club of heads of developed countries such as the G-8. Global political, economic and environmental governance should not be done through exclusionary and non-participatory forums such as the G-8.” (Mpaka 2007)

Bill Gates Überlegung könnte der eine Teil der “Macht der Zukunft” sein, die Überlegungen Huschmand Sabets zu einer alternativen Entwicklungssteuer (Sabet, ohne Datum) und die zur „Tobin Tax“ der andere. Wie beide zusammenarbeiten können– das freiwillige Teilen des Nikolaus und staatliche Kontrollmechanismen -, könnte der Beitrag der Sozialwissenschaften zur „Bringschuld“ für die Nachhaltigkeit sein.

Literaturverzeichnis

Bruno, Kenny (2002). The Earth Summit’s Deathblow to Sustainable Development. In: corpwatch Website (published September 4th, 2002). Online auf:

<http://www.corpwatch.org/article.php?id=3831>

Capgemini / Merrill Lynch (2007). World Wealth Report 2007. Herunterladbar (nach Registrierung) von: <http://www.us.capgemini.com/worldwealthreport07/>

Dickson, David (2007). Technology alone will not solve the energy crisis. In: SciDevNet (Editorial, 16.11.2007). Online auf:

<http://www.scidev.net/Editorials/index.cfm?fuseaction=readEditorials&itemid=232&language=1>

Druyen, Thomas (2007). Goldkinder. Die Welt des Vermögens. Hamburg (Murmans)

Fischermann, Thomas; und Pieper, Claas (2006): Die Rückkehr der Retter. In: Die Zeit (Nr. 1, 28 Dez. 2006). Online auf: <http://www.zeit.de/2007/01/Macher?page=all>

- Hardin, Garret. (1968). The tragedy of the commons. In: Science 162. S. 1243-1248.
- IEA (2007). World Energy Outlook 2007. Insights on China and India – Press Release.
Online auf: http://www.iea.org/Textbase/press/pressdetail.asp?PRESS_REL_ID=239
- International Monetary Fund (2007). World Economic Outlook October 2007. Globalization and Inequality
- Lewis, Mike (2006). Global Tax Evasion. Online auf:
<http://www.socialwatch.org/en/informesTematicos/107.html> (accessed 6 Dec. 2007)
- Lexikon der Nachhaltigkeit (Aachener Stiftung Kathy Beys). Online
auf:<http://www.nachhaltigkeit.info/>
- Martens, Jens (2005). A compendium of Inequality. The Human Development Report 2005. Berlin. Online auf: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/04666.pdf>
- Mpaka, Benjamin W. (7 June 2007): Dealing with the Outmoded G-8 Model of Global Governance. Online auf:
http://www.southcentre.org/info/news_views/Chairman_Mkapa_Comment_on_G8.pdf
- Sabet, Huschmand (ohne Datum). Terra-Tax; online auf:
http://www.terrannetwork.org/terra_tax.html
- Sachs, Jeffrey (2005): Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals. London
- Terre des Hommes, Deutsche Welthungerhilfe (2007): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2006/2007, Bonn
- The Independent Commission on International Development Issues (1980). North-South. A Program for Survival. The Report of the Independent Commission on International Development Issues under the Chairmanship of Willy Brandt; Cambridge, Massachusetts (The MIT Press)
- UN (2006): World Economic Situation and Prospects 2006. New York. Online auf:
<http://www.un.org/esa/policy/wess/wesp2006files/wesp2006.pdf>
- UN (2007): World Economic Situation and Prospects 2007. New York. Online auf:
<http://www.un.org/esa/policy/wess/wesp.html>
- UNCTAD (2007): Handbook of statistics 2006-2007. Online auf:
<http://www.unctad.org/Templates/webflyer.asp?docid=8612&intItemID=2068&lang=1&mode=toc>
- UNDP (2005): Human Development Report 2005: International Cooperation at a Crossroads. Aid, Trade and Security in an unequal world. New York. Online auf:
<http://hdr.undp.org/reports/global/2005/>

- Wolfensohn, James D. (2004a): *Financing the Monterrey Consensus*; (Remarks at the conference *Making Globalization Work for All*). Online auf: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:20169719~menuPK:34472~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html>
- Wolfensohn, James D. (2004b). An Unbalanced and Endangered Planet – Remarks on Friedrich von Metzler Being Named an Honored Citizen by the City of Frankfurt; (Speech on 5 September 2004; Frankfurt, Germany). Online auf: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/ORGANIZATION/EXTOFFICEPRESIDENT/EXTPASTPRESIDENTS/PRESIDENTEXTERNAL/0,,contentMDK:20273162~menuPK:232083~pagePK:159837~piPK:159808~theSitePK:227585,00.html>
- World Bank (2006a). World Development Report 2006: Equity and Development; Washington DC (World Bank). Online auf: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTRESEARCH/EXTWDRS/EXTWDR2006/0,,menuPK:477658~pagePK:64167702~piPK:64167676~theSitePK:477642,00.html>
- World Bank (2006b): Where is the Wealth of Nations? Measuring Capital for the 21st Century. Washington D.C. Online auf: <http://siteresources.worldbank.org/INTEEI/214578-1110886258964/20748034/All.pdf>
- World Bank (2002): The Costs of Attaining the Millennium Development Goals. Online auf: <http://www.worldbank.org/html/extdr/mdgassessment.pdf>
- World Commission on Environment and Development (1987). Our Common Future. Oxford. Online auf: <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm>; sowie auf: http://en.wikisource.org/wiki/Brundtland_Report; und <http://ringofpeace.org/environment/brundtland.html>

ⁱ Personen, deren Privatvermögen eine Million US\$ übersteigt

ⁱⁱ Die Berechnung beruht auf Tabelle 1.1 in *Where is the Wealth of Nations?* (World Bank 2006b, S. 4). Diese gibt den Reichtum pro Kopf für die drei Einkommensgruppen. Um eine gewisse Vergleichbarkeit mit dem Reichtum der “High Net Worth Individuals” aus (Capgemini / Merrill Lynch, 2007) herzustellen, wurden Bevölkerungszahlen der UN *Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat* (<http://esa.un.org/unpp> - *The 2006 Revision*) benutzt. Der Reichtum pro Kopf wurde multipliziert mit der Bevölkerungszahl für die Einkommensgruppen, die der Weltbank-Klassifizierung am nächsten kamen. Es wurde angenommen, dass für einen groben Überblick gleichgesetzt werden können: die “least developed countries“ der UN mit den „Ländern mit niedrigem Einkommen“ der Weltbank; die „less developed countries less least developed countries“ der UN mit den „Ländern mit mittlerem Einkommen“ der Weltbank; und die „more developed countries“ der UN-Statistik mit den „Ländern mit hohem Einkommen“ der Weltbank.

ⁱⁱⁱ Der UN-Bericht *World Economic Situation and Prospects* beziffert die Nettozahlungen aus dem Süden in den Norden auf 483 Milliarden für 2005 (UN 2006, S. xi) und auf über 600 Milliarden für 2006 (UN 2007, S. x).